

Eine Überlegung zur Dialektik des Begriffs Freiheit

1. Vorabdefinitionen

Klassischer Weise wird in der politischen Philosophie wenigstens zwischen zwei verschiedenen Aspekten des Begriffs „Freiheit“ unterschieden:

1. Freiheit von äußerem Zwang.
2. Freiheit zum selbstbestimmten Handeln.

Von politischer Freiheit kann nur dann gesprochen werden, wenn beide Aspekte die Bedingung der Möglichkeit einer instituierten Entschlusskraft realisieren, so dass demokratische Prozesse sich realpräsent in und durch diese Beschlüsse verwirklichen.

2. Beispiele der negativen und positiven Bedeutung des Gebrauchs des Begriffs Freiheit sowie deren ethische Entwicklung

Die Freiheit von äußeren Zwängen, Zwängen die einem Menschen z.B. durch andere Menschen auferlegt werden (können), bildet eigentlich nur den „negativen“ Aspekt des Begriffs Freiheit. Dagegen wird ein „positiver“ Aspekt des Begriffs Freiheit ausgebildet, wenn ich z.B. erkannt habe, dass ich nicht nur etwas wollen kann, sondern dazu auch die persönliche Fähigkeit (ausgebildet) habe, das, was ich will, zu realisieren (– oder eben nicht). Während ich den negativen Aspekt von Freiheit immer nur passiv „erleide“, stehe ich dem positiven Aspekt von Freiheit aktiv als eigenständige Person in meinem eigenen Tun gegenüber. Allerdings gilt auch in diesem positiven Verhältnis die allgemeine, anthropologische Bedingung, nach der eine „Handlung“ immer „auch scheitern“ kann (vgl. Scheler, Gehlen, Cassirer) wodurch ich wiederum die Folgen meiner eigenen Handlung „erleiden“ muss (- und andere u.U.). Dagegen erlebe ich mich (und u.U. auch andere) im geglückten Fall meines Handelns als selbstbestimmt und das heißt als „frei“ im eigentlichen Sinne des Wortes. Mit anderen Worten: Unter menschlicher Freiheit ist der Umstand zu verstehen, nach dem ich jederzeit eine neue „Kausalkette“ in der Welt durch mein eigenes Handeln beginnen kann, wodurch etwas völlig Neues, noch nie Dagewesenes in der Welt entstehen kann, so definiert Kant seinen ethischen Freiheitsbegriff. Denn nach ihm ist „Freiheit“ immer auch eine Bedingung der Möglichkeit von Moralität. Eine Politik ohne Moralität ist daher nur analog einer „bloßen Räuberbande“ zu verstehen und zu bewerten.

Noch grundlegender versteht nur noch Augustinus den Freiheitsbegriff: Nach ihm ist jeder Mensch von Geburt an nichts anderes als ein „Anfang“, der völlig Neues bewirkt. Diese individuelle und persönliche Freiheit bewirkt einzig und alleine die Tatsache der menschlichen Natalität, d.h. das Faktum der menschlichen Geburt selbst.

Hier spielt freilich die christliche Vorstellung der „Geburt Gottes“ in dem historischen Menschen Jesus von Nazareth eine entscheidende Rolle. Weil Jesus aber christlich verstanden als „Sohn Gottes“ „uns“, und das heißt den Menschen, „gleich geworden ist“ (vgl. Phil 2,7), dient hier der Mensch (!), also das Humanum, als Vergleichspunkt, an dem jedwede Göttlichkeit gemessen wird. Vor dem gegebenen Faktum der menschlichen Endlichkeit wird die göttliche Vollkommenheit allererst bedeutsam z.B. im Wunsch nach einem Weiterleben nach

dem Tod, nach Unsterblichkeit oder Auferstehung von den Toten geglaubt. Denn es ist nur die menschliche Freiheit (als Bedingung der Möglichkeit von ethischem Handeln), die es mir ermöglicht, gemäß der „goldenen Regel“ (Mt 7,12), so zu handeln, dass mir - je nach meinem tatsächlichen Handeln entsprechend - auch von anderen wiederum gleiches Handeln widerfahren wird: und also auch von „Gott“, so die Intension von Jesus. (Hier werden „in“ meinem eigenen Handeln gemäß der „goldenen Regel“ die beiden oben genannten Begriffe von Freiheit dialektisch miteinander verwoben: aktiv und passiv zugleich „in“ ein und demselben Tun!). In genau dieser ethischen Einsicht in dieses freie Wechselverhältnis (zwischen mir und meinen Schuldern oder zwischen mir und „Gott“) konzentriert sich die ethische Bedeutung der „Vater-unser-Bitte“ von Jesus:

„... und erlass uns unsere Schuld, [so (!), J.V.] wie auch wir sie unserem Schuldern erlassen haben ...“ (Mt 6,12).

Der ganze, religiöse Sinn des Betens kulminiert nach Jesus in dieser Auffassung einer Ethik der Freiheit (als Befreiung von Schuld), wodurch wir uns durch das Sprechen dieses Gebet (religiös und darum ethisch) erinnern sollen! In der Erinnerung liegt die religiöse Bedeutung des Gebets. Somit liegt in der „Befreiung“ von Schuld der weiter oben schon genannte „negative“ Aspekt von Freiheit, während sich in der dadurch - nämlich durch Umkehr - bedingten Möglichkeit völlig neuen Handelns der oben genannte „positive“ Aspekt von Freiheit im Handeln realisiert. Und genau darin liegt die Einzigkeit dieses Gebetes – aber auch die Einzigkeit jedes einzelnen Menschen selbst, als ein „unbedingter“ und darum „freier Anfang“ von völlig Neuem – wovon „Jesus Christus“ nur ein christliches – wenn aber auch kein beliebiges (!) - Beispiel aufgrund von menschlicher „Geburt“ ist. Dogmatisch drückt sich hier die Rede vom „wahren“ Menschsein aus. Politisches Handeln richtet sich aber auf die Gestaltung der Zukunft, jedoch unter Lebenszwecken und -bedürfnissen der Gegenwart. (Vgl. auch Hannah Arendt: Übungen im politischen Denken I, 1944/2012, S. 239)

3. Pathologische Formen des Verständnisses nach Ernst Cassirer

Ein weiterer Gedanke muss die obige Entwicklung des klassischen Freiheitsbegriffs aber ergänzen: In seiner „Philosophie der symbolischen Formen“ definiert Ernst Cassirer den Menschen als „animal symbolicum“, d.h. als ein symbolschaffendes Lebewesen/Tier. Es zeichne den Menschen anthropologisch gesehen vor jedem anderen Lebewesen aus, dass er sich eigene Symbolische Zeichensysteme erschaffe (vgl. Cusanus), mit denen er sich die „Welt“ in ihrer menschlichen Bedeutung erschließt. Solche von genialen Menschen erfundenen und im Lauf der „Menschwerdung“ ausdifferenzierten Symbole sind z.B. die Symbolsysteme der Mathematik, der Sprache aber auch allgemein der Mythos, die Religion und Ethik sowie Geschichte, Naturwissenschaften, Technik und die Finanzwirtschaft. Diese symbolischen Formen, mit denen sich der Mensch (als Gattungswesen) das Ganze der Welt verständlich zu machen versucht, bilden als Ganzes gesehen den „Kosmos“ bzw. jeweils die menschliche „Kultur“, in der alleine „Sinn“ zu vermitteln ist.

Allerdings spricht Cassirer auch von einem „pathologischen Symbolverständnis“. Darunter versteht er die absolute Vormachtstellung einer jeweiligen symbolischen Form, die aufgrund ihrer Dominanz in einer Epoche de facto alle anderen symbolischen Formen unterdrückt. Als

Beispiel nennt er die symbolische Form der „Religion“ im Mittelalter (vgl. Ernst Cassirer: Freiheit und Form, 1916/1961, XV). Während dieser Epoche, so Cassirer, war es unmöglich z.B. „Naturwissenschaften“ zu betreiben, ohne auch eine bestimmte christliche „Religion“ betreiben zu müssen (!). So weigerten sich die katholischen Kardinäle durch das Fernrohr des Galilei zu sehen aus rein theologischen Vorurteilen und nicht etwa aus naturwissenschaftlichen Bedenken. Ebenso versteht Cassirer die Vormachtstellung der symbolischen Form der „Technik“ während der beginnenden Neuzeit bis hin zur Gegenwart (1945) der Zeit des Nationalsozialismus. Alle Aufrüstung bis hin zur Entwicklung der Atombombe wird nur verständlich unter der absoluten Dominanz dieser symbolischen Form, in deren Logik sogar die völlige Auslöschung des gesamten Lebens auf der Erde liegt (vgl. Günther Anders: Die Frist). In der heutigen Zeit (2013/14) wird man jedoch noch von einer weiteren symbolischen Form sprechen müssen, die die beiden erstgenannten (Religion und Technik) in der gegenwärtigen Kulturentwicklung in ihrem Unterdrückungspotential abgelöst hat und dadurch eine neue Epoche zu bezeichnen scheint. Die Rede ist hier von der symbolischen Form der „Wirtschaft“, die in ihrer kapitalistischen Ausgestaltung als „Finanzwirtschaft“ z.B. jeden Schulbau, der pädagogisch sinnvoll wäre, kommunalpolitisch „ausbremst“ und sogar verunmöglicht aus rein wirtschaftlichen Gründen bzw. aus reinen Finanzierungskalkülen (- und nicht aus sachpolitischen Erwägungen)!

4. Analogie zwischen der symbolischen Form der Religion und der modernen Politik

Somit ähneln „finanzwirtschaftliche Argumentationen“ - besonders in der Kommunalpolitik, wo philosophische Überlegungen per se als bloße „Artistik“ belächelt werden – obwohl sie den Anschein von sachlich-rationalen Argumentationen haben, vielmehr den mittelalterlichen theologischen Disputen oder dem jahrzehntelangem vermeintlichen „Expertenwissen“ der Atom- oder Waffenlobby heutzutage als es den Anschein haben mag. In dieser Tradition stehen auch sog. „Resolutionen“, die immer wieder gerne im Stadtrat verabschiedet werden. Sie sind nichts anderes als „Gebete“, wobei ich der Meinung bin, dass religiöse Gebete durchaus wirkungsvoller sind als politische Resolutionen! Die drei oben genannten symbolischen Formen dienten in ihrer jeweiligen Epoche, in der sie völlig „unkritisch absolut gesetzt“ wurden, lediglich einem Herrschaftswissen und damit dem Machterhalt bestimmter gesellschaftlicher Gruppierungen und deren Interessen (vgl. Johannes Verbeek: Über den Gottesbegriff und die Stellung der Theologie in der Philosophie Ernst Cassirers, Trier, 1997).

Es soll hier nur kurz erwähnt werden, dass dem pathologischen Symbolverständnis nach Cassirer auf der einen Seite eines an sich dialektischen Verständnisses auf der anderen Seite eine durchaus pathologische Persönlichkeitsstruktur korrespondiert. Ein historisches Beispiel ist die alttestamentarische Figur des „Josefs“, wie er in der Dichtung von Thomas Manns „Josef und seine Brüder“ geschildert wird. Die Figur des Josef, so wie Mann sie zeichnet, kann als „verkappter Kapitalist“ verstanden werden, der im Dienste des Pharaos steht, nur um die umliegenden Königreiche auszuhungern und der ägyptischen Macht zu unterwerfen. In dem politischen Roman „Hinterzimmerei“ von Vera Luchten wird eine moderne Variante in der Romanfigur der Anja Kanter beschrieben, die ein reines Machtkalkül zur Grundlage ihres

politisches Handeln macht (- und darum nur passiv den ihrem Handeln auferlegten äußeren Zwängen politisch begegnen kann, und selbst wenn sie meint, sie handelte aus freien Stücken, unterliegt sie Machtkalkülen, denen sie sich unterwirft!).

5. Der Zusammenhang von Freiheit und Politik am Beispiel der Kommunalpolitik

Diese prinzipiellen Ausführungen über einige wenige Stationen der Entwicklung eines philosophischen Freiheitsbegriffs waren notwendig, um zu begreifen, welchen Stellenwert die politische Freiheit auch und vor allem in kommunalpolitischen Entscheidungsprozessen spielt. Die Kommunalpolitik bietet hierbei das beste Beispiel politischer Betätigung (und philosophischer Betrachtung), weil sie in ihren Folgen noch durchaus überschaubar und, obwohl auch mit höheren politischen Ebenen durchwoben (Landes- und Bundespolitik), für sich begrenzt ist sowie in den politisch zu ziehenden Konsequenzen in Bezug auf die Demokratie auch darstellbar bleibt.

Ein beliebiges, aber gutes Beispiel bildet demnach die Verabschiedung des Doppelhaushaltes 2013/14 der Stadt Trier vor dem Hintergrund der entsprechenden politischen Standpunkte der verschiedenen Fraktionen im Rat der Stadt und in den Medien.

6. Ein Diktat des Zwangs sowie dessen Verharmlosung

Als Grundtenor zu den Begründungen der Haushaltsverabschiedung 2013/14 im Rat der Stadt wurde quer durch alle Parteien behauptet, von einem „freien“ Handeln und politischen Gestalten könne zwar (schon lange) keine Rede mehr sein, aber von einem bloßem „verwalten“ kommunaler Belange wolle man im Rat aufgrund der Möglichkeit (!) einer kommunalen Selbstbestimmung auch nicht sprechen.

Es habe, so ein Kommentar in der Rathauszeitung vom 18.12.12 „das ganze Jahr über gemeinsame [...] Konsolidierungsbemühungen gegeben“, die, so der Oberbürgermeister weiter, als „breite Akzeptanz und Ausdruck großer politischer Verantwortung“ (RaZ, ebd.) verstanden werden können.

Wie wir aber schon weiter oben gesehen haben, kann menschliches Handeln generell und also auch politisches Handeln im Besonderen „scheitern“ (vgl. Cassirer), selbst dann, wenn man dafür bereit ist, eine Verantwortung zu übernehmen, wie der Stadtrat in Trier. Wenn also in den Haushaltsreden der verschiedenen Parteien jedes Mal explizit darauf verwiesen wurde, dass man „keine politischen Wunschlisten“ (vgl. TV und Zitat RaZ) in die Haushaltsverhandlungen eingebacht habe, wohl wissend, dass die Stadt Trier „eigentlich schon Pleite“ sei (vgl. TV) und insofern ihrem kommunalpolitischen Auftrag überhaupt nicht mehr entsprechen könne, dann zeigt sich an dieser Stelle der kommunalpolitischen Diskussion der oben dargestellte pathologische Zusammenhang zwischen den symbolischen Formen in einer politischen Gesellschaftskultur, mit denen und durch die eigentlich „Fortschritt“ erzielt werden sollte, die heute aber de facto nur politische „Unfreiheiten“ bezeichnen (können) und damit zumindest als „demokratiefeindlich“ eingestuft werden müssten. (Eine Einsicht, die aber letztendlich vom Rat nicht realisiert wird und darum fehlt!)

Vor diesem Hintergrund erscheint die kommunalpolitische Haushaltsverabschiedung 2013/14 im Trierer Stadtrat unter einem bloßen äußeren „Diktat des Zwangs“.

Der mehrheitlich verabschiedete Beitritt der Stadt zum „Kommunalen Konsolidierungsfonds“ des Landes RLP, der einen Sparzwang von ca. 5 Millionen Euro und zahlreichen weiteren (Zwangs-)Vorgaben der ADD zu noch größerem und mehr Sparen sowohl in den freiwilligen als auch in den Pflichtbereichen des Haushaltsentwurfes der Stadt zur Folge hatte, unterliegt somit dem ersten oben genannten Aspekt des Freiheitsbegriffs:

Eine „Freiheit“ von äußerem Zwang ist hier nicht zu erkennen! So spricht der Oberbürgermeister davon, dass es „‘lange Wunschlisten‘, angesichts einer notgedrungenen (sic!) realistischen (sic!) Einschätzung der Haushaltslage erst gar nicht (sic!) gegeben habe“ (RaZ, 18.12.12). – Dieses politische Verhalten kann man auch schlicht „vorausseilenden Gehorsam“ nennen!

Und in der - auf der gleichen Ratssitzung verabschiedeten - „Resolution“ wird sogar noch deutlicher davon gesprochen, dass „die zunehmende Fremdbestimmung der Haushalte (sic!) bei unzureichender Finanzausstattung die Kommunen unaufhörlich in ein strukturelles Defizit treibe, das das Verfassungsgut der kommunalen Selbstverwaltung gefährde (sic!)“ (RaZ, ebd.)

An dieser Stelle verharmlosen die verantwortlichen Kommunalpolitiker im Trierer Stadtrat ihre eigene Entscheidungssituation. Sie sprechen anstatt von einer „Verunmöglichung“ demokratischer Prozesse nur von einer „Gefährdung“, so als wären sie selbst noch immer Herr über die von außen auf sie einwirkenden Zwänge! Diese verharmlosende Sichtweise des Rates ist Ausdruck einer bloßen Illusion! Denn nicht einmal der negative Aspekt von Freiheit, also das Fehlen äußerer Zwänge, kann in den Entscheidungen der Kommunalpolitik de facto realisiert werden. Ganz im Gegenteil: Überall herrscht ein politisch allgemein anerkannter „finanzpolitischer“ Konsolidierungs-Spar-Zwang vor. Diese Einsicht wird paradoxer Weise auch von allen Kommunalpolitiker/innen ganz „zwanglos“ ausgesprochen. – SO sieht bisweilen die Welt aus – hier in Trier! Karl Marx würde diesbezüglich von Antagonismen sprechen, die unter den herrschenden politischen Bedingungen realpolitisch, weil wirtschaftlich, unvermeidlich seien, aber genau deshalb politisch überwunden werden müssten.

7. Warum und wieso der positive Aspekt des Begriffs Freiheit ebenfalls scheitert

Allerdings ist auch der zweite, positive Freiheitsbegriff, der oben benannt wurde, bei kommunalpolitischen Entscheidungen in Trierer Stadtrat keineswegs realisiert. Im Falle der Doppelhaushaltsdiskussion 2013/14 ist es besonders interessant, welche politischen Vorhaben und Projekte erst gar nicht in den Haushaltsentwurf aufgenommen worden sind bzw. welche wieder gestrichen wurden. Es sei noch einmal an das Zitat des Oberbürgermeisters erinnert:

„‘Lange Wunschlisten‘, habe es angesichts einer notgedrungen (sic!) realistischen (sic!) Einschätzung der Haushaltslage nicht geben (sic!)“ (RaZ, 18.12.12).

Diesen Satz der Rathauszeitung muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen und im Kopf ein paar Mal gedanklich drehen! Wenn man statt „langer Wunschlisten“ einfach nur „konkrete Bedürfnisse der Stadtteile“ liest, dann sieht man die Welt auf die Füße gestellt und nicht wie im Satz verkehrtherum auf den Kopf gestellt. Und dann erscheint das Wort „notgedrungen“ doch sehr befremdlich. Denn eine „notgedrungen realistisch“ Sichtweise der Bedürfnisse der Bevölkerung zu sehen, ist eigentlich ein „politischer Widerspruch“ in sich. Wegen der Bedürfnisse der Bevölkerung wird oder sollte eigentlich Kommunalpolitik gemacht werden und das nicht nur „notgedrungen“, sozusagen als lobbyistische Pflichtübung für andere Interessen, sondern „freiwillig“ und „selbstbestimmt“ für die Bürger/innen! „Realistisch“ heißt demgegenüber eine Politikgestaltung, die auf die Bedürfnisse der Bevölkerung nicht nur eingeht, sondern diese politisch gestaltend selbstbestimmt umsetzt. Ansonsten wären die Kommunalpolitiker ja nur verdeckte Lobbyisten für „dritte Interessen“, wie es z.B. der Fall wäre bei einer Finanzkonsolidierung gegenüber der Solvenz der Banken oder gegenüber der Gewinnmaximierung der Strompreise bei den Stadtwerken oder in Bezug auf die Reduzierung des Ortsbeiratsbudgets durch die Stadtverwaltung. Letztere Maßnahme wurde aufgrund eines massiven Protestes durch die Ortsbeiräte, die sich durch die Verwaltung nur noch „gegängelt fühlen“ (vgl. den sog. „Brandbrief“ von Heiligkreuz) in letzter Minute vom Oberbürgermeister zurückgenommen. Dennoch drückt sich in diesem Verwaltungsvorgang eine immer wiederkehrende Tendenz aus, die zweifellos auch eine gewisse „Zwangsstruktur“ aufweist.

8. Konkrete Anwendung der Erkenntnisse auf ein ungelöstes kommunalpolitisches Problem in Trier

Ein beredetes Zeugnis hiervon gibt seit mehr als einem Jahrzehnt die offene Frage nach einer nachhaltigen Verkehrsentlastung des Trierer Stadtteils Alt-Kürenz ab. Ohne hier im Einzelnen auf die differenzierte Gesamtsituation und auf den bisherigen kommunalpolitischen Prozess bis zum heutigen Tage einzugehen (vgl. die Artikel auf dieser Homepage), sei an dieser Stelle nur angemerkt, dass die im Jahre 2000 von dem damaligen Baudezernenten Dietze (SPD) angekündigte „Umgehung Kürenz“, die eine Anbindung der Höhenstadtteile, deren Ausbau zur Landesgartenschau 2004 besonders intensiviert wurde, an die Metternichstraße vorgesehen hatte, bis heute nicht realisiert wurde, während aber der Ausbau der Höhenstadtteile nach wie vor weiter forciert wird. Zahlreiche Anträge im Ortsbeirat Kürenz, die alternativ zum Bau einer Umgehungsstraße von mir eingebracht wurden (wie z.B. Geschwindigkeitsdisplays oder ein Tempo-30-Abschnitt im unteren Bereich der Avelsbacher Straße, die alle dem einen Ziel dienen, die vom Oberlandesgericht in Koblenz per Urteil definierte „gesundheitsgefährliche Lärmbelästigung“ (OVG, 2004) durch den zunehmenden Durchgangsverkehr auf ein für die Anwohner erträgliches Maß zu reduzieren), wurden von der Stadtverwaltung in Trier bisher als „unrealisierbar“ eingestuft und allesamt abgelehnt (!) – ohne dass bisher etwas de facto an den unhaltbaren Verkehrszuständen verändert wurde (weder von Seiten der Stadtverwaltung noch durch politische Initiativen der verschiedenen Fraktionen im Rat)! Und das alles bei gleichzeitiger großer Betroffenheit der Verantwortlichen im Rat über die Verkehrszustände, Lärmbelästigungen und Luftverschmutzungen für

die Anwohner vor Ort (vgl. TV)! An dieser Stelle treten die marx'schen Antagonismen wieder an die politische Handlungsoberfläche: Auf der einen Seite als bloße Heuchelei der Verantwortlichen; auf der anderen Seite nicht nur als ungelöste Probleme, sondern als zunehmende „Gesundheitsgefährdung“ (Vgl. OVG-Koblenz, 2004) und Einschränkung der Lebensqualität der Betroffenen Anwohner – wobei die Kommunalpolitik mittlerweile als eine „Mit-Ursache“ des Problems verstanden werden muss und keineswegs als Lösung!

9. Einige Folgen

Eine Folge dieser politischen Untätigkeit von Verwaltung und Rat der Stadt Trier, (die von mir bei der ADD – dort allerdings vergeblich (!) – angezeigt worden ist), war die Herabstufung der Notwendigkeit einer nachhaltigen Verkehrsentslastung durch die Verwaltung im sog. „Mobilitätskonzept 2025“ der Stadt Trier, das Anfang des Jahres 2013 vom Rat der Stadt Trier verabschiedet werden soll. Dort kommt die „Umgehung Kürenz“ nur noch als „langfristige finanzpolitische Investition“ (vgl. MoKo 2025) vor. Mit anderen Worten: Aufgrund der finanzpolitischen Situation der Stadt Trier ist mit einer Realisierung der Umgehung Kürenz „realistischer Weise“ (Urteil OVG-Koblenz, 2004) nicht mehr zu rechnen! Durch einen gewissen, wenn auch meist unausgesprochen „Druck von Oben“, der sich sowohl in der klar ausgesprochenen Meinung der Verwaltung als auch in den weniger klar ausgesprochen Tendenzen der Parteien ausspricht, die noch um Wählersympathien werben müssen, wird das Meinungsbild der Ortsbeiräte dahingehend beeinflusst, dass der Ortsbeirat in Kürenz als einer der Hauptbetroffenen und Hauptverlierer bei der Umsetzung des „Mobilitätskonzept 2025“ sich dennoch für das Konzept ausspricht, obwohl kein einziges Problem des Stadtteils durch die Umsetzung gelöst wird. Ganz im Gegenteil: Durch die Untätigkeit sowohl der Stadtverwaltung als auch der Parteien nimmt die Verkehrs- und Lärmbelastung in Altkürenz noch beständig zu, weil der gleichzeitige Ausbau der Höhenstadtteile unter den Parteien Konsens ist. Hier versagt das demokratische Prinzip der Subsidiarität total, denn obwohl die oberen Verwaltungsebenen verpflichtet sind, den unteren Ebenen bei ihrer Problembewältigung subsidiär zu helfen (z.B. der Ortsbeirat, indem er die Bürgerbelange vertritt; die Stadtverwaltung, indem sie die Belange des Ortsbeirats umsetzt; die Stadt, indem sie Finanzmittel des Landes RLP anfordert; das Land RLP, indem es die Bedürfnisse der Stadt finanziell unterstützt, etc.), geschieht dies nicht nur nicht, sondern die Verwaltung selbst übt auch politischen Druck auf die Entscheidungsfindung der Fraktionen aus, indem sie gewisse Projekte als bloße „Wunschlisten“ (RaZ, ebd.) abqualifiziert und somit politisch diffamiert. – Dies kommt aber einer vollständigen Bankrotterklärung der Kommunalpolitik gleich, gemessen an den Zusagen des ehemaligen Dezernenten Herrn Dietze (SPD), und das, obwohl der Oberbürgermeister ja nur von einer „notgedrungenen realistischen Einschätzung (sic!)“ (RaZ, 18.12.12) gegenwärtig zu sprechen bereit ist. Laut Stadt „kann“ an der Situation in Altkürenz (bei gleichzeitigem weiteren Ausbau der Höhenstadtteile (!)) – vermeintlich nichts mehr für die Anwohner in Alt-Kürenz getan werden (vgl. Brief der neuen Dezernentin (CDU)). Altkürenz ist quasi kommunalpolitisch austherapiert! – Und daher ist ein guter „Rat“ sehr teuer!

10. Keine eigenen Initiativen aus den Reihen der Fraktionen: Keine Freiheit

Obwohl alle Fraktionen im Rat der Stadt Trier jederzeit die Möglichkeit gehabt haben, Anträge in die Sitzungen des Rates einzubringen, hat keine Fraktion seit über zehn Jahren bis heute (!) einen Antrag eingebracht, der zur „Verkehrslösung von Alt-Kürenz“ einen konstruktiven Beitrag geleistet hätte! Mit anderen Worten: Alle Fraktionen haben einen „vorausseilenden Gehorsam“ gegenüber dem (vermeintlichen) Konsolidierungszwang, der wiederum durch den Beitritt zum „Entschuldungsfonds“ des Landes RLP notwendig geworden ist, geleistet, wodurch die „Freiheit zum selbstbestimmten Handeln“ (vgl. Punkt 2, oben) der Mandats- und Verantwortungsträger im Rat zumindest stark beeinträchtigt worden ist. Ja, man kann sogar sagen: Dadurch, dass der äußere Zwang zur Haushaltskonsolidierung „dominant“ geworden ist (im pathologischen Sinne von Cassirer) und somit auch keine „Freiheit“ im entscheidenden zweiten Punkt gegeben ist, nämlich der Freiheit zum (kommunalpolitischen) Handeln, kann von einer selbstbestimmten Kommunalpolitik, wie sie die Gemeindeverfassung eigentlich vorsieht, nicht mehr gesprochen werden. Es gibt hier keine Freiheit. Zur Erinnerung aus der gemeinsamen Resolution:

„Die zunehmende Fremdbestimmung der Haushalte bei unzureichender Finanzausstattung treibe die Kommunen unaufhörlich [also: zwangsläufig!, J.V.] in ein wachsendes strukturelles Defizit, das das Verfassungsgut der kommunalen Selbstverwaltung gefährde“ (RaZ, 18.12.12).

11. Die Demokratie wird durch ihre eigenen dialektischen Strukturen ad absurdum geführt

Dort aber, wo keine „Freiheit“ mehr gewährleistet ist, kann man auch schlecht von einer demokratischen Verfasstheit politischer Entscheidungsprozesse sprechen. Ganz im Gegenteil: Die Demokratie wird derzeit unter den kommunalpolitischen Bedingung einer finanzfunktionellen Konsolidierungsvorherrschaft unterminiert. Es besteht derzeit keinerlei Freiheit, weder im negativen noch im positiven Verständnis des Begriffs, in kommunalpolitischen Finanzentscheidungen für die Entscheidungsträger im Rat. Der marx'sche Antagonismus tritt auch an dieser Stelle zu Tage: Obwohl die politische Situation allen Fraktionen eindeutig ist und gar auch klar formuliert wurde, wird keinerlei Handlung initiiert oder begonnen – selbst nicht einmal eine Klage vor einem Obergericht wird angesichts der „Gefährdung“ eines „Verfassungsgutes“ (RaZ, ebd.) in Erwägung gezogen, geschweige denn angestrebt und umgesetzt. Stattdessen werden Bittgebete gesprochen bzw. Resolutionen verabschiedet. Dennoch bleibt der marx'sche Antagonismus auch hier bestehen:

„Alle [Fraktionen im Rat der Stadt Trier, J.V.] gemeinsam wiesen vor dem Hintergrund der finanzpolitischen Misere und Zwänge auf die nur eingeschränkten kommunalpolitischen Gestaltungsmöglichkeiten hin“ (RaZ, 18.12.12), kommentiert die Rathauszeitung.

12. Das Verschweigen der Medien als Teil des Problems

Was nämlich an keiner Stelle in der Rathauszeitung und nirgendwo in anderen Medien, und schon gar nicht auf 16.vor oder im „Trierischen Volksfreund“ thematisiert wird, ist der Umstand, dass die Projekte, die dem „freiwillig erzwungenen“ Sparzwang einer „notgedrungen realistischen Einschätzung der Haushaltslage“ (RaZ, 18.12.12) zum Opfer gefallen sind und nicht realisiert werden (können sollen), den betroffenen Anwohnern z.B. in Altkürenz andererseits allgemeine „Lärm-Zwänge“ auferlegt, die z.B. seit 2004 als „gesundheitsgefährdend“ (OVG-Kobelnz) eingestuft wurden. Hier wird die andere Seite einer dialektischen Bewegung vollständig und bewusst verschwiegen, damit einerseits die politische Illusion von Freiheit in Trier gewahrt bleiben kann, während sie andererseits selbst zumindest in dem Beispiel von Altkürenz die Ursache von Sorge, Elend und sachlichem Ungemach ist: Hier konkret in Form von Lärm und Abgasen in Altkürenz. (Doch nur aufgrund dieser politischen Halbwahrheiten und illusionären Lügen, kann „freies Handeln“ derzeit überhaupt von politisch verantwortlichen Politikern „behauptet“ werden, und das auch nur vor dem dialektischen Hintergrund, dass „man“ de facto „nicht handelt“!). Allerdings zeitigt diese politische Untätigkeitseinstellung auch Wirkungen bei der betroffenen Bevölkerung als dialektischem Gegenpol. Sie traut sich nämlich nicht einmal mehr, um zu protestieren, auf die Straße zu gehen, weil die überwiegende, aber vorwiegend stumme Mehrheit meint, aller Protest würde überhaupt nichts bringen. Verändern würde sich eh nichts, was die vergangene Zeit ja im Übrigen auch zeige. Und die Geschäftsleute glauben zudem, ihr Protest auf der Straße wäre einzig und allein geschäftsschädigend für sie. Ein Erfolg der Aktionen wäre nicht abzusehen. Wer für seine Rechte und Bedürfnisse eintrete, mache sich sowieso nur lächerlich! – Was folgt aus dieser sehr konkret zum Ausdruck gebrachten Politikverdrossenheit und Demokratieskepsis? Zumindest das: Freiheit sieht anders aus!

13. Schlussfolgerungen und „Neugeburt“ des Personals

Diese Einsichten müssten eigentlich zu Denken geben! – Sie tun es aber nicht! Selbst nicht für die Linke, die als einzige Fraktion im Rat der Stadt Trier den Haushaltspan 2013/14 mit guten Gründen abgelehnt hat. Es muss endlich einmal ein konsequenter Neuanfang kommunalpolitisch gewagt werden, damit Veränderungen greifen und nicht nur interpretationsbedürftige Worte. (Vgl. auch die 11. Feuerbachthese von K. Marx). Veränderungen im Sinne seines Neuanfangs werden nach Augustinus aber nur durch „Geburt“ vollzogen, wodurch jederzeit auch Freiheit realisiert wird.

Aus diesem Umstand kann nun gefolgert werden: Das gesellschaftliche Gemeindedenken der Verwaltung und der etablierten Parteien ist politisch verdorben! Die Kommunalpolitik – und zwar wahrscheinlich nicht nur die in Trier, sondern auch auf allen höheren politischen Ebenen – braucht dringend „neues“ Personal, eben einen befreienden Neuanfang oder eine Neugeburt (im Sinne von Augustinus)! Das klassische Wort dazu heißt „Renaissance“. Wir brauchen eine Renaissance linker Werte!